

KURS WIRTSCHAFTSWENDE

zur Landtagswahl 2026



INHALT

Vorwort	3
I. Regulatorik und Verwaltung	5
Bürokratie strukturell bekämpfen – Verwaltung braucht Mut zur Entscheidung	
II. Industrie und Innovation.....	8
Baden-Württemberg als Industriestandort erhalten – starke Forschungsstrukturen ausbauen	
III. Bildung und Fachkräfte	11
Duale Ausbildung stärken – attraktiv für ausländische Fachkräfte bleiben	
IV. Infrastruktur und Energie.....	14
Infrastruktur modernisieren und erweitern – Vertrauen in die Energiewende zurückgewinnen	
Impressum.....	17





VORWORT

Baden-Württemberg ist wirtschaftlich stark. Der Standort ist geprägt von einem innovativen industriellen Mittelstand, überdurchschnittlicher Exportorientierung und einer ausgesprochen hohen Fertigungstiefe. Diese Stärken machen das Land aber auch besonders anfällig für internationale Spannungen. Umso wichtiger ist eine Landespolitik, die wirtschaftspolitische Verlässlichkeit schafft, unternehmerische Eigenverantwortung stärkt und neue Investitionen ermöglicht.

Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden: Der aktuelle Innovationsindex 2024 bestätigt Baden-Württemberg mit deutlichem Vorsprung als innovativste Region der Europäischen Union. Eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft wird das Land aber nur im engen Schulterschluss mit Europa gestalten können. Der Standort ist in besonderer Weise international verflochten und damit auf offene Märkte, ein starkes Europa und verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Die neue Landesregierung muss diesen Anspruch mitgestalten und zwar durch eine Politik, die nicht nur regional wirkt, sondern Verantwortung für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa übernimmt. Wer den Standort stärken will, muss zur europäischen Idee stehen. Sie ist Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg, internationalen Austausch und Einheit in Vielfalt.

Gleichzeitig steht die Landespolitik vor der Aufgabe, angesichts knapper Kassen klare wirtschaftspolitische Prioritäten zu setzen. Die Erwartungen der Unternehmen sind dabei eindeutig: Statt immer neuer Förderprogramme braucht es eine ehrliche Ausgabenkritik, einen konsequenten Fokus auf Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung (FuE), Digitalisierung sowie strukturelle Reformen, die unternehmerisches Handeln ermöglichen und nicht erschweren. Die Zukunftsfähigkeit des Standorts hängt maßgeblich davon ab, dass die Staatsquote sinkt – zugunsten von Rahmenbedingungen, die unternehmerische Leistung belohnen, Innovationen ermöglichen und private Wertschöpfung vor staatliche Lenkung stellen.

Stellschrauben liegen dabei auch in der Ministerialbürokratie selbst: Ressortzuschnitte müssen effizienter und kohärenter werden, Zuständigkeiten klarer geregelt und mit konkreten Ansprechpartnern für die Wirtschaft versehen sein. Am Beispiel der Wasserstoffpolitik zeigt sich, dass zersplitterte Zuständigkeiten für die Stakeholder herausfordernd sind. Ebenso gilt es, die von der bisherigen Landesregierung etablierten Strategiedialoge auf ihre Wirksamkeit und Geschwindigkeit zu überprüfen. Politische Steuerung muss sich stärker an Effizienz und Ergebnisorientierung messen lassen – eine konsequente Aufgabenkritik ist Basis dafür.

Mit dem Positionspapier „Kurs Wirtschaftswende“ legt der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) zentrale Impulse aus Sicht der Südwestwirtschaft vor. Dabei werden vier Themenfelder fokussiert – von Bürokratierückbau über Industriepolitik bis hin zu Fachkräfteförderung und Infrastruktur. Neben dem vorliegenden Positionspapier hat der BWIHK auch ausführliche „Wirtschaftspolitische Positionen“ erarbeitet, um das breite Themenspektrum seiner fachlichen Federführungen abzudecken.

“

Unser Anspruch ist es, nicht nur Herausforderungen zu benennen, sondern konstruktive Lösungsansätze aufzuzeigen. Das Papier soll Basis für einen offenen Austausch zwischen Politik und Wirtschaft sein – vor der Wahl ebenso wie in der kommenden Legislaturperiode. Wir laden Sie herzlich ein, sich mit unseren Impulsen auseinanderzusetzen und freuen uns über Ihr Interesse an den Perspektiven der baden-württembergischen Wirtschaft.

“

Der BWIHK-Vorstand



Jan Stefan Roell
Dr. Jan Stefan Roell



Thomas Conrady
Thomas Conrady
Vizepräsident



Claus Paal
Claus Paal
Vizepräsident



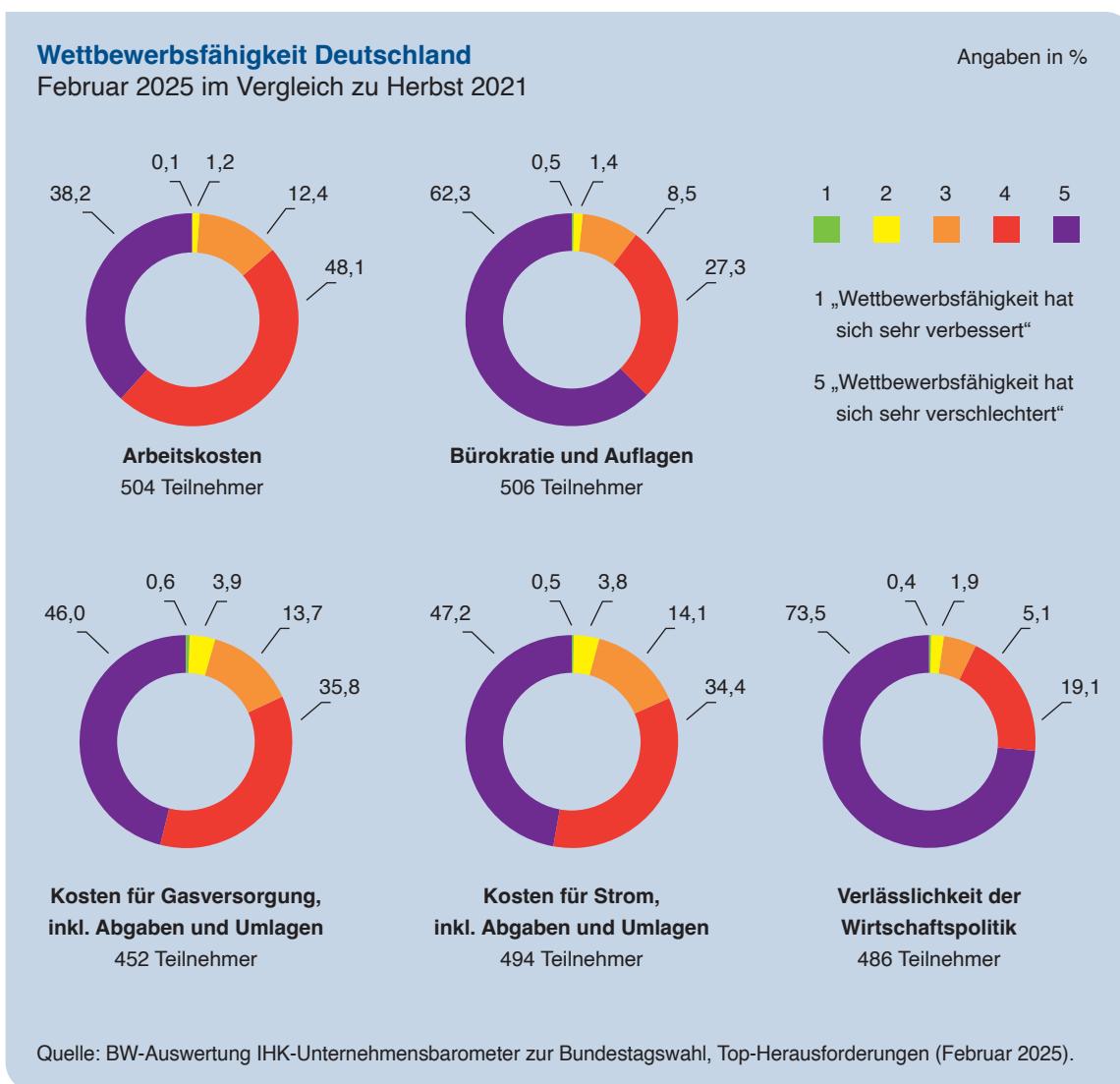
Manfred Schnabel
Manfred Schnabel
Vizepräsident

I. REGULATORIK UND VERWALTUNG



Wie es ist

Unternehmen in Baden-Württemberg stehen unter wachsendem Druck durch stetig steigende bürokratische Anforderungen. Sie sehen sich mit immer komplexeren Regelungen aus EU-, Bundes-, Landes- und Kommunalrecht konfrontiert. Verfahren sind oft langwierig, Standards zwischen Behörden uneinheitlich und der Aufwand für Nachweise, Berichte und Dokumentationen wächst kontinuierlich – insbesondere für kleine und mittlere Betriebe ohne eigene Verwaltungsabteilungen.



Bürokratiebelastung wird von Unternehmen regelmäßig als Top-Herausforderung genannt. Laut IHK-Unternehmensbarometer zur Bundestagswahl (Februar 2025) sehen rund 90 Prozent der baden-württembergischen Unternehmen hierin eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit. Auch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine konsequente Digitalisierung von Verwaltungsleistungen zählen zu den meistgenannten Handlungsfeldern. Stellschrauben gibt es hier auch auf Landesebene.

Initiativen wie der Normenkontrollrat (NKR) Baden-Württemberg oder die Entlastungsallianz werden von der Wirtschaft ausdrücklich begrüßt und haben wichtige Impulse gesetzt. Doch der strukturelle Bürokratierückbau bleibt unvollendet. Die Folge: langwierige Prozesse, mangelnde Transparenz und fehlende digitale Infrastruktur erschweren Investitionen sowie Unternehmensgründungen, kosten Zeit und beeinträchtigen die Planbarkeit betrieblicher Entscheidungen. Geschwindigkeit ist ein zentraler Standortfaktor, doch es wird zu oft in Bedenken statt in Lösungen gedacht. Eine überbordende Regulatorik steht notwendiger Dynamik im Weg.



Was zu tun ist

1. Bürokratie strukturell abbauen und weiteren Aufwuchs stoppen

Rechtsakte (einschließlich Verwaltungsvorschriften) sollten auf maximal zehn Jahre befristet werden und auslaufen – Verlängerung nur mit expliziter Begründung. Außerdem sind sie auf ihre Angemessenheit, Erforderlichkeit und Praxistauglichkeit hin zu überprüfen – orientiert an Kleinstunternehmen. Mit dem NKR besteht hier eine wichtige Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft. Jede Nachweis-, Berichts- und Dokumentationspflicht sollte sich durch die Abgabe einer Selbsterklärung erfüllen lassen und Kontrollen lediglich stichprobenweise erfolgen. Schwellenwerte für Regelungen sollten pauschal angehoben werden. Ergänzend braucht es ein Belastungsmoratorium, währenddessen für eine bestimmte Zeit keine neuen Bürokratiepflichten eingeführt werden. Grundsätzlich sollte das Prinzip „One in, two out“ verbindlich verankert werden: Für jede neue Regelung, die bürokratischen Aufwand erzeugt, müssen zwei bestehende Pflichten entfallen. Die Landesregierung sollte auch prüfen, wie die Entlastungsallianz sinnvoll weiterentwickelt werden kann.

2. Kommunales Regelungsbefreiungsgesetz und Ermessensspielräume nutzen

Die Landesregierung sollte die Umsetzung des kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes aktiv begleiten, Hindernisse bei der Antragstellung abbauen und sicherstellen, dass gute Beispiele als Blaupause für andere Kommunen nutzbar gemacht werden. In der öffentlichen Verwaltung werden aus Sorge vor Amtshaftung oftmals Entscheidungen abgesichert und durch zusätzliche Vorschriften reguliert. Mitarbeiter sollten stattdessen ausdrücklich ermutigt werden, vorhandene Ermessensspielräume verantwortungsbewusst zu nutzen.

3. Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen

Überlange Verfahren bei Baugenehmigungen, Fachkräfteeinwanderung oder Investitionen sind erhebliche Bremsklötze für die wirtschaftliche Entwicklung. Genehmigungs- und insbesondere Vollständigkeitsfiktionen sollten für verschiedene Bereiche geprüft werden, um Planungs- und Investitionssicherheit zu gewährleisten. So sollte jede Genehmigung als erteilt gelten, wenn die zuständige Behörde nicht binnen acht Wochen abschließend über den Antrag entschieden hat. Unterlagen sollten als vollständig zählen, wenn die zuständige Behörde nicht binnen vier Wochen weitere Dokumente nachfordert. Der Tag der Antragstellung sollte als maßgeblicher Stichtag gelten, sodass nachträgliche Änderungen der Sach- oder Rechtslage Verfahren nicht länger verzögern können. Wo möglich, sind Genehmigungsverfahren durch Anzeigeverfahren zu ersetzen.

4. Verwaltung digitalisieren und Prozesse vereinheitlichen

Verwaltungsverfahren müssen über Kommunen und Länder hinweg dringend vereinheitlicht werden. Im ersten Schritt sollten Kommunen Antragsformulare anderer Kommunen akzeptieren und diese auch digital verarbeiten können, um Anpassungsdruck zu erzeugen. Ziel müssen zukunftsfähige und unabhängig von Verwaltungseinheiten aufgesetzte Prozesse sein. Durch die Modernisierung und bessere Vernetzung staatlicher Register können Unternehmen von mehrfachen Dateneingaben entlastet werden („Once-Only“-Prinzip). Sämtliche Schriftformerfordernisse sind durch digitale Erklärungen zu ersetzen, alle behördlichen Verfahren müssen vollständig elektronisch abwickelbar sein. Da ein großer Teil des Landeshaushalts auf Personalkosten entfällt, eröffnet die Automatisierung administrativer Abläufe zusätzlich Einsparpotenziale. KI-Assistenzsysteme wie „F13“ können Verwaltungsvorgänge entlasten und beschleunigen – ihr verstärkter Einsatz sollte daher erprobt und vorangetrieben werden.

5. Grenzenloses Europa ermöglichen – Außenhandel und Binnenmarkt entbürokratisieren

Die Landesregierung sollte sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Modernisierung von Exportkontrollen und Zollprozessen einsetzen – durch klarere Zuständigkeiten bei der Marktüberwachung, eine bessere digitale Abwicklung und schnellere Genehmigungsverfahren. Bestehende Hemmnisse im europäischen Binnenmarkt, insbesondere die Handhabung von Entsendeformalitäten, müssen dringend überarbeitet werden: Die Pflicht zur Vorabbeantragung der A1-Bescheinigung für kurzfristige Geschäftsreisen sollte abgeschafft und durch eine europaweit einheitliche, digitale und mehrsprachige Lösung ersetzt werden. Baden-Württemberg ist auf offene Märkte angewiesen – die Landesregierung sollte sich daher auf Bundes- und EU-Ebene für den Abschluss neuer Handelsabkommen einsetzen.

Wie die IHKs unterstützen



Übernahme staatlicher Aufgaben

Durchführung von Sach- und Fachkundeprüfungen



Beitrag zum Bürokratierückbau

Analyse bürokratischer Hürden mit KI

Führung öffentlicher Register

Auswertung von über 1.000 Dokumenten und hunderten Unternehmensmeldungen

Ausstellung von Ursprungszeugnissen

Prüfung von über 6.000 Einelnormen im Landesrecht

Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen

Mitwirkung im Normenkontrollrat und der Entlastungsallianz

>> Der neuen Landesregierung bietet die IHK-Organisation an, weiterhin auf diese Expertise zurückgreifen zu können.

II. INDUSTRIE UND INNOVATION

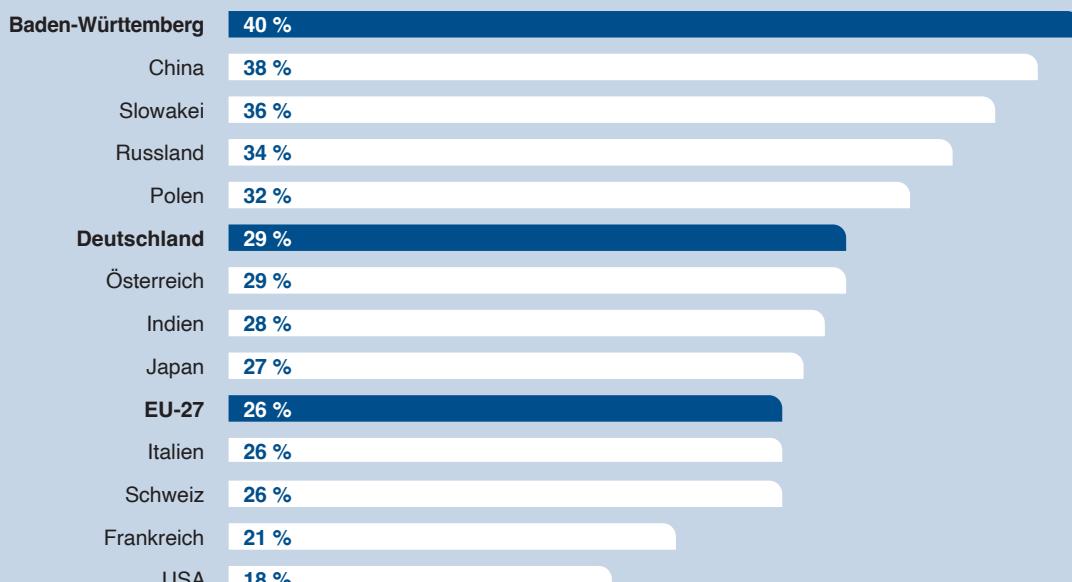


Wie es ist

Baden-Württemberg ist Industrieland. Das Produzierende Gewerbe trägt maßgeblich zur Wirtschaftsleistung des Landes bei – mit besonderem Gewicht im nationalen wie internationalen Vergleich. Der industrielle Kern Baden-Württembergs ist Motor für FuE, Innovationstreiber für andere Branchen und zentraler Faktor für Ausbildung, Beschäftigung und Wohlstand.

Wirtschaftsstruktur

Anteile der Bruttowertschöpfung insgesamt, Schwerpunkt Produzierendes Gewerbe



Quelle: Stat. Landesamt BW, Jahr 2023 (November 2024).

Doch geopolitische Unsicherheiten, Fachkräftemangel, steigende Energiepreise, zunehmender Transformationsdruck sowie wachsende regulatorische Anforderungen erschweren es vielen Unternehmen, Innovationsvorhaben konsequent umzusetzen. Innovationszyklen verkürzen sich weltweit und Baden-Württemberg läuft Gefahr, den Anschluss zu verlieren, da der Weg von der Idee zum marktfähigen Produkt oft zu lange dauert. Die IHK-Umfrage „Investitionen baden-württembergischer Unternehmen in Forschung und Entwicklung“ (Juni 2025) zeigt: Knapp ein Viertel der befragten Unternehmen betreibt keine FuE. Häufigster Grund ist „Bürokratie im Innovationsprozess“. Auch die Bewertung der Innovationsbedingungen hat sich verschlechtert: Im DIHK-Innovationsreport (Dezember 2023) sank die Schulnote für Baden-Württemberg von 2,4 (2017) auf 3,1.

Gleichzeitig bietet das Land nach wie vor gute Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung: eine FuE-Intensität von 5,7 Prozent (Anteil FuE-Ausgaben am BIP, Statistisches Landesamt, Juli 2025), exzellente Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie ein enges Netzwerk von Wirtschaft und Wissenschaft. Diese Basis gilt es auszubauen, damit Baden-Württemberg auch morgen noch das Land der Tüftler und Denker bleibt.



Was zu tun ist

1. Zukunftstechnologien in den Blick nehmen

Baden-Württemberg sollte seine Unterstützungsstrukturen für Digitalisierung, Künstliche Intelligenz (KI) und Datenökonomie konsequent weiterentwickeln. Bestehende Initiativen wie Digital Hubs, KI-Labs, KI-Exzellenzzentren, Digitallotsen, die Allianz Industrie 4.0, das Digitalisierungszentrum DIZ oder Quantum BW bilden hierfür eine wichtige Grundlage. Erfolgreiche Formate müssen ausgebaut, weniger wirksame beendet werden. Mit der KI-Allianz, dem Cyber Valley, dem KI-Park IPA1 und weiteren Exzellenzzentren verfügt das Land über Strukturen mit internationaler Strahlkraft. Ein engeres Zusammenwirken aller Akteure kann deren Ausbau beschleunigen. Ziel sollte ein landesweites KI-Valley sein – mit neuen Forschungsinstituten, Start-ups und Unternehmen, ausgebauten Hot-Spots und mehr Vernetzung in der Fläche. Auch die Unternehmensnachfolge gilt es aktiv zu unterstützen – als wesentliche Voraussetzung für die Weitergabe von Innovationskraft und der Sicherung wirtschaftlicher Strukturen.

2. Innovationsförderung verstetigen und vereinfachen

Der bewährte Dreiklang aus Innovationsgutscheinen, Invest BW und Digitalisierungsprämie sollte technologieoffen verstetigt, die Digitalisierungsprämie dabei deutlich ausgebaut werden. Die Abschaffung der Zuschussförderung bei der Digitalisierungsprämie Plus ist aus Sicht der IHK-Organisation ein Rückschritt, denn reine Kreditförderung verringert die Flexibilität gerade bei kleinen Vorhaben. Förderzugänge sollten flexibel und fortlaufend möglich sein, nicht nur zu festen Stichtagen, und der „Beginn auf eigenes Risiko“ flächendeckend erlaubt werden. Förderanträge sollten innerhalb von drei Monaten entschieden werden und andernfalls automatisch als bewilligt gelten. Angesichts knapper öffentlicher Mittel ist auch in der Innovationsförderung eine konsequente Aufgabenkritik notwendig. Daher sollte bei Förderprogrammen auf die fünf Empfehlungen des NKR gehört werden (Juli 2025): erstens eine zentrale Stelle schaffen, zweitens Förderprogramme standardisieren, drittens den Förder-Dschungel transparent machen, viertens das Förderwesen konsolidieren und fünftens Förderverfahren digitalisieren.

3. Innovationspotenziale aktivieren

Kleine Unternehmen müssen weiter im Fokus der Technologieförderung des Landes stehen. Der „Masterplan Mittelstand Baden-Württemberg“ weist hier in die richtige Richtung. FuE-Investitionen von kleinen Unternehmen sollten zusätzlich zur bestehenden Projektförderung stärker über Steuern und Abschreibungen unterstützt werden. Ein Positivbeispiel ist die steuerliche Forschungszulage des Bundes. Baden-Württemberg hat beim Venture-Capital im internationalen Vergleich weiterhin Nachholbedarf. Um das Land für Ansiedlungen und Investoren attraktiver zu machen, sollten Garantie-, Beteiligungs- und Bürgschaftsprogramme von Förderbanken (z. B. MBG, L-Bank, Bürgschaftsbank) ausgebaut und steuerliche Hürden für Innovationsinvestitionen abgebaut werden. Verbesserungen beim steuerlichen Verlustvortrag könnten den Wagniskapitalmarkt zusätzlich beleben. Auch die Besteuerung von Wagniskapitalfonds sollte so geregelt werden, dass es nicht zu einer Doppelbesteuerung von Fonds und Anlegern kommt. Darüber hinaus braucht es ansprechende Anlagemöglichkeiten für institutionelle Anleger.

4. Industrie und Verteidigung stärker verknüpfen

Baden-Württemberg verfügt über hochinnovative Unternehmen mit sicherheitsrelevanter Expertise – diese Potenziale gilt es stärker für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge zu nutzen. Statt neuer Parallelformate gilt es, bestehende Innovations- und Transferstrukturen – etwa Technologietransfermanager, Clusterinitiativen, Kammern und Forschungseinrichtungen – gezielt um sicherheits- und verteidigungsrelevante

Themen zu ergänzen. Eine effektive wirtschaftliche Einbindung erfordert effiziente und transparente Vergabeverfahren. Gemeinsam mit Unternehmen, Kammern und Verbänden sollten strukturierte Abstimmungsformate etabliert werden, um sicherheitsrelevante wirtschaftliche Beiträge besser vorzubereiten und den Aufbau sowie die Vorhaltung verteidigungsrelevanter Kapazitäten gezielt zu unterstützen.

5. Automobilstandort erhalten und datenbasierte Innovation ermöglichen

Um die Transformation der Automobil- und Zuliefererindustrie zu bewältigen, sollten Landesstrategien technologieoffen ausgerichtet sein – insbesondere bei CO₂-armen Antrieben, alternativen Kraftstoffen sowie der Lade- und Betankungsinfrastruktur. Maßnahmen wie der Strategiedialog Automobilwirtschaft müssen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin geprüft und stärker mit der Innovations- und Bildungspolitik verzahnt werden. Catena-X, der erste offene und kollaborative Datenraum für Automotive, sollte als strategisches Leuchtturmpunkt deutlich stärker politisch unterstützt, Angebote wie das Smart Data Solution Center BW ausgebaut und Datenbestände der öffentlichen Hand gezielt für Innovationen nutzbar gemacht werden.

Wie die IHKs unterstützen

 Einsatz für den Innovationsstandort	 Erste Anlaufstelle für Unternehmen
Vernetzung von Startups und Mittelstand	Orientierung in der Förderlandschaft durch Informationsangebote
Förderung von Technologietransfer	Beratung und Hilfestellung bei Gründungen und Unternehmensnachfolgen
Informationsveranstaltungen zu Zukunftstechnologien	Verwaltungshelfer in Krisenzeiten (z.B. Corona-Soforthilfe-Anträge)
Monitoring des Innovationsökosystems	Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Gesamtverteidigung

» Die IHKs stehen der neuen Landesregierung für Gespräche zur administrativen Unterstützung bei einzelnen Förderprogrammen zur Verfügung.

III. BILDUNG UND FACHKRÄFTE



Wie es ist

Fachkräftesicherung zählt zu den drängendsten Standortfragen in Baden-Württemberg. Der demografisch bedingte Rückgang des Arbeitskräftepotenzials stellt Unternehmen bereits heute vor große Herausforderungen. Produktivitätssteigerungen, etwa durch Digitalisierung oder KI, können diesen Engpass nur teilweise kompensieren.

Umso wichtiger ist es, das Bildungssystem als strategische Ressource für die Fachkräftesicherung zu begreifen. Ein rohstoffarmes Hochkostenland sichert seinen Wohlstand langfristig nur durch exzellente Bildung. Doch hier zeigen sich zunehmend Schwächen: Der INSM-Bildungsmonitor 2025 weist gegenüber dem Bildungsmonitor 2013 für Baden-Württemberg im Ländervergleich deutliche Rückschritte aus.

Die Bundesländer im Vergleich

Das Dynamikranking vergleicht die Bundesländer anhand der Veränderungen bei einzelnen Indikatoren zwischen dem Bildungsmonitor 2025 und dem Bildungsmonitor 2013.

Platz Bundesland

Punkte



Alle hier dokumentierten Veränderungswerte sind Punktwerte. Punktwerte sind relative, dimensionslose Werte. Sie wurden durch eine Transformation der absoluten Werte mithilfe eines linearen Standardisierungsverfahrens ermittelt, sodass ein Vergleich unterschiedlich skalierter Kenngrößen möglich ist. Ankerpunkte der Bewertungen sind die beste und die schlechteste Ausprägung im Bildungsmonitor 2013 mit 0 und 100 Punkten. Je höher der beim Dynamikranking angezeigte Punktwert ist, desto stärker verbesserte sich das Bundesland seit dem Jahr 2013.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) (September 2025).

Parallel dazu verschärft sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Die IHK-Ausbildungsumfrage (Juli 2025) zeigt, dass die Hälfte der Ausbildungsbetriebe im Land 2024 nicht alle Ausbildungsplätze besetzen konnte, viele Betriebe erhielten gar keine Bewerbungen. Dabei bildet die duale Ausbildung seit Jahrzehnten das Rückgrat der betrieblichen Qualifizierung – praxisnah, bewährt und für viele Unternehmen unverzichtbar.

Auch Hochschulen spielen eine zentrale Rolle in der Fachkräftesicherung durch die Ausbildung akademischer Fachkräfte, Forschung und Technologietransfer in die Wirtschaft. Ein rückläufiger Trend bei internationalen Studierenden, insbesondere in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), verschärft jedoch die Lage zusätzlich. Qualifizierte Zuwanderung gewinnt damit weiter an Bedeutung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs und muss zentraler Bestandteil jeder zukunftsgerichteten Fachkräftestrategie sein.



Was zu tun ist

1. Ausbildungsreife sichern und berufliche Bildung stärken

Ein verbindlicher Kompetenzrahmen sollte klare Standards und Ziele für die Ausbildungsreife definieren – fachlich, sozial, digital und methodisch. Diese sollten regelmäßig überprüft und angepasst werden. Die Realität zeigt: Es fehlt häufig an grundlegenden Kompetenzen, die für eine erfolgreiche Ausbildung notwendig sind. Zur Stärkung der beruflichen Bildung braucht es zudem bessere Informationsangebote sowie eine gleichberechtigte Darstellung beruflicher und akademischer Bildungswege an allen Schularten – auch an Gymnasien. Ebenso ist eine bessere Vernetzung von Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Unternehmen notwendig. Dazu gehört eine frühzeitige, verpflichtende und praxisnahe Berufsorientierung, bspw. durch ein zusätzliches einwöchiges Praktikum im G9, Mentoring-Programme und Kooperationen mit Betrieben. Zugleich muss das Übergangssystem reformiert werden, um junge Menschen individueller und bedarfsgerechter zu unterstützen.

2. Berufsschulen stärken

Berufsschulen müssen personell und sachlich so ausgestattet sein, dass sie die duale Ausbildung gewährleisten können. Dazu zählen eine moderne digitale Infrastruktur, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte und deren kontinuierliche Weiterbildung. Auch der bauliche Zustand der Schulgebäude muss stärker in den Blick genommen werden, denn Sanierungen und moderne Lernumgebungen sind essenziell. Das Land muss geeignete Förderprogramme prüfen und die Kommunen bedarfsgerecht finanziell unterstützen. Vollzeitschulische Bildungsgänge sind auf ihre Notwendigkeit zu prüfen, die betriebliche Ausbildung muss Vorrang haben.

3. Allgemeine Studiengebühren für internationale Studierende abschaffen

Seit der Einführung der allgemeinen Studiengebühren für internationale Studierende ist ihre Zahl in Baden-Württemberg deutlich gesunken – anders als bspw. in Bayern, wo sie gestiegen ist. Das schwächt die Attraktivität des Landes und stellt einen Standortnachteil für Hochschulen und Unternehmen dar. Die Gebühren sollten daher schnellstmöglich abgeschafft werden. Internationale Studierende sind ein wichtiges Fachkräftepotenzial, besonders im MINT-Bereich. Für eine erfolgreiche Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt ist eine gezieltere Begleitung des Übergangs erforderlich, bspw. durch praxisnahe Sprachkurse an den Hochschulen.

- 4. Weiterbildung stärken und inländische Erwerbspotenziale gezielter aktivieren**
- Die höhere Berufsbildung (z.B. Bachelor/Master Professional) sollte weiter gestärkt und ihre Gleichwertigkeit zur akademischen Bildung sichtbarer gemacht werden. Die Meisterprämie sollte auf IHK-Abschlüsse ausgeweitet werden. Um Familie, Pflege und Beruf besser vereinbaren zu können und die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen, braucht es eine flächendeckende Kinderbetreuung und eine gut ausgebauten Pflegeinfrastruktur. Damit Ältere länger erwerbstätig bleiben können, sollte sich das Land für flexiblere Übergänge in die Rente und Anreize für einen längeren Verbleib im Arbeitsleben einsetzen.
- 5. Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung erleichtern**
- Damit internationale Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt finden, braucht es effiziente, digitalisierte und rechtssichere Verfahren. Ausländerbehörden und die Landesagentur für Fachkräftezuwanderung (LZF) sollten ausreichend personell und technisch ausgestattet sowie strukturell gut aufeinander abgestimmt sein. Auch Auszubildende aus dem Ausland stehen oft vor denselben Hürden wie Fachkräfte – ihre gezielte Unterstützung muss stärker mitgedacht werden. Erfolgreiche Formate wie Welcome Center oder das Projekt „Integration durch Ausbildung – Perspektiven für Zugewanderte“ leisten wichtige Arbeit und sollten langfristig verstetigt und flächendeckend unterstützt werden.

Wie die IHKs unterstützen

 Sicherung der Ausbildungsqualität	 Integration internationaler Fachkräfte
Durchführung von Initiativen wie Azubi-kampagne, Ausbildungsbotschafter etc.	Vertiefte Beratungen bspw. mit Welcome Centern
Förderung praxisnaher Berufsorientierung	Kooperationen mit Ausländerbehörden
Verantwortung für paritätische Prüfungsausschüsse	Monitoring der Fachkräftesituation
Organisation von Abschlussprüfungen	Zusammenarbeit mit Hochschulen

» **Die IHK-Organisation sichert der neuen Landesregierung zu, weiterhin ein starker Mitstreiter für ein weltoffenes, integratives Baden-Württemberg zu sein.**

IV. INFRASTRUKTUR UND ENERGIE



Wie es ist

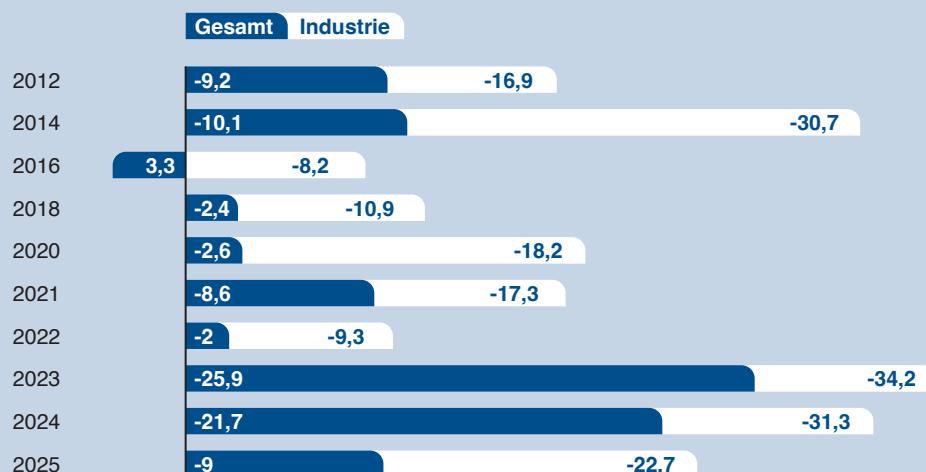
Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg. Doch vielerorts zeigen sich Engpässe und strukturelle Defizite: Der Straßen- und Schienenverkehr stößt zunehmend an seine Kapazitätsgrenzen mit spürbaren Folgen für Lieferketten, Pendler und Unternehmen. Viele Verkehrswege, Brücken und Bahnknoten sind sanierungsbedürftig. Zentrale Projekte wie der Deutschlandtakt kommen nur schleppend voran und grenzüberschreitende Schienenverbindungen bleiben unzureichend ausgebaut. Bei der notwendigen Erhöhung der Infrastruktur spielen auch die Mittel aus dem Sondervermögen eine Rolle. Diese sollten dort eingesetzt werden, wo sie die Wertschöpfung der Wirtschaft nachhaltig stärken.

Zugleich verschärft sich der Mangel an Flächen für Industrie, Logistik und Ansiedlungen, besonders in verkehrsgünstigen Lagen. Zielkonflikte in der Flächenpolitik, langwierige Planungsprozesse und ein restriktiver Umgang mit neuen Flächenausweisungen erschweren die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich. Ohne ausreichende Flächenreserven und moderne Verkehrswege drohen Wachstumshemmnisse für viele Regionen im Land.

Auswirkungen der Energiewende

Wie bewerten Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?

Skala +100 (sehr positiv) bis -100 (sehr negativ)



Quelle: BWIHK-Energiewendebarometer (September 2025).

Auch die Energieversorgung in Baden-Württemberg steht vor großen Herausforderungen. Laut BWIHK-Energiewendebarometer (September 2025) sieht die Wirtschaft in Baden-Württemberg derzeit mehr Risiken als Chancen für die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende – insbesondere energieintensive Industriebetriebe und große Unternehmen. Ein erheblicher Teil von ihnen denkt sogar über Produktionsverlagerungen ins Ausland nach. Die Hauptgründe

liegen in hohen Energiepreisen, mangelnder Planbarkeit, langwierigen Genehmigungsverfahren und einem insgesamt zu bürokratischen Umfeld. Trotz dieses schwierigen Rahmens engagieren sich viele Betriebe aktiv für mehr Energieeffizienz und Klimaschutz. Gefragt sind jetzt klare politische Entscheidungen für mehr Versorgungssicherheit, Verlässlichkeit und wettbewerbsfähige Energiepreise.



Was zu tun ist

1. Flächen sichern und langfristig bereitstellen

Zur Bewältigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen benötigt Baden-Württemberg in den kommenden zwei Jahrzehnten eine ausreichend flexible Flächenpolitik. Pauschale Flächenziele werden daher von den IHKs abgelehnt. Vielmehr braucht es eine flexible Landesplanung für Industrie, Logistik und Ansiedlungen, die dynamisch auf neue Anforderungen reagiert. Der BWIHK setzt sich deshalb dafür ein, bei der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Ausnahmen zuzulassen, bspw. bei Gewerbeflächenausweisungen an Autobahnanschlussstellen oder bei interkommunalen Gewerbegebieten. Auch beim Wohnraum besteht akuter Handlungsbedarf: 2022 fehlten landesweit rund 60.000 Wohnungen.

2. Verkehrsinfrastruktur erhalten und ausbauen

Angesichts einer erwarteten Steigerung der Güterverkehrsleistung auf der Straße um +34 % von 2019 bis 2040 (BMDV, Oktober 2024) müssen Planung, Erhalt und Ausbau des Straßennetzes sowie sanierungsbedürftiger Brücken in Baden-Württemberg deutlich beschleunigt werden. Eine zusätzliche Maut auf Landes- oder Kommunalstraßen wird abgelehnt. Der „Zukunfts fahrplan Schiene BW“ muss hinsichtlich Qualität und Angebot konsequent umgesetzt und die langfristige Finanzierung des ÖPNV gesichert werden. Der Ausbau und die Verlängerung der Neckarschleusen sind zentrale Voraussetzungen für eine effiziente Nutzung der Binnenwasserstraßen.

3. Energieinfrastruktur gezielt ausbauen und Versorgungssicherheit stärken

Die Landesregierung sollte den bedarfsgerechten Ausbau aller Netzebenen konsequent vorantreiben und durch Smart-Grid-Technologien eine intelligente Steuerung von Erzeugung und Verbrauch ermöglichen. Außerdem braucht es gezielte Investitionsanreize für dezentrale Kraftwerkskapazitäten, Speicherlösungen sowie den Ausbau erneuerbarer Energien. Neue Kraftwerkskapazitäten müssen zügig geplant und realisiert werden, um Strom wetterunabhängig zuverlässig bereitzustellen. Bestehende Anlagen sollten erst dann stillgelegt werden, wenn eine stabile Nachfolge gesichert ist. Das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit muss dabei gleichgewichtet verfolgt werden. Die Umsetzung der Energiewende muss durch transparente Soll-Ist-Vergleiche kontinuierlich überprüft werden, um das Vertrauen der Wirtschaft nachhaltig zurückzugewinnen.

4. International wettbewerbsfähige Energiepreise sicherstellen und Forschung vorantreiben

Die Landesregierung sollte sich auf Bundesebene weiterhin für eine Abschaffung der Stromsteuer für alle Unternehmen einsetzen. Zudem ist die Beibehaltung einer einheitlichen Stromgebotszone entscheidend, um Wettbewerbsverzerrungen innerhalb Deutschlands zu vermeiden. Gleichzeitig muss Baden-Württemberg seine Rolle als Energieforschungsstandort ausbauen: Pilotprojekte zur CO₂-Abscheidung und -Nutzung (CCS/CCU) sowie zur E-Fuel-Nutzung brauchen einen klaren rechtlichen Rahmen und gezielte Fördermittel.

5. Wasserstoffhochlauf sektorenübergreifend, technologieoffen und wirtschafts-nah koordinieren

Der Wasserstoffhochlauf in Baden-Württemberg sollte ressortverantwortlich im Wirtschaftsministerium angesiedelt werden. Langfristiges Ziel ist eine wettbewerbsfähige, bedarfsdeckende Marktverfügbarkeit von CO₂-neutralem („grünem“) Wasserstoff und seinen Derivaten. Gerade in der Anfangsphase des Markthochlaufs dürfen jedoch keine Hürden durch Vorabaußchlüsse geschaffen werden. Eine ganzheitliche Netzentwicklung muss den Anschluss an den European Hydrogen Backbone, Speicherstrategien, H2-ready-Häfen und -Kraftwerke einschließen. Gleichzeitig sollte das Land aktiv Energiepartnerschaften für Importe aufbauen, Marktanreize (z. B. H2Global-Auktionen) unterstützen und Studien zur Entwicklung von Endabnahmekosten, Netzentgelten und Anschlussgebühren initiieren.

Wie die IHKs unterstützen

 Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen	 Mitgestaltung der Energiewende
Beratungen zu Energieeffizienz, Ressourcenschonung und Umweltfragen	Untersuchung landesweiter Strombedarfe
Einrichtung der Regionalen Kompetenzstellen Energieeffizienz (KEFF)	Durchführung eines jährlichen Energiewendebarometers
BWIHK-ecocockpit als Klimabilanzierungstool	Mitarbeit in Gremien und Träger öffentlicher Belange
Qualifikation von Auszubildenden als „Eco-Scouts“	Task Force Wasserstoff zur Beschleunigung des Markthochlaufs

- » **Der neuen Landesregierung bietet die IHK-Organisation an, in politischen Entscheidungsgremien gemeinsam daran zu arbeiten, dass das Vertrauen der Mitgliedsbetriebe in das Gelingen der Energiewende zurückkehrt.**

IMPRESSUM

Verleger und Herausgeber:

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag e.V. (BWIHK)

Der BWIHK ist die Dachorganisation der zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg.

Jägerstraße 40
70174 Stuttgart

0711 225500-60
info@bw.ihk.de
bw.ihk.de

Ansprechpartner:

Dr. Michael Alpert, Hauptgeschäftsführer
michael.alpert@bw.ihk.de

Felix Allmandinger, Referent Politik
felix.allmandinger@bw.ihk.de

Gestaltung:

WERTMACHER Werbeagentur GmbH, Böblingen

Bildnachweise:

Porträt Dr. Jan Stefan Roell: © IHK Ulm, Photodesign Armin Buhl

Porträt Thomas Conrady: © Rainer M. Hohnhaus

Porträt Claus Paal: © IHK Region Stuttgart, Jens Osswald

Porträt Manfred Schnabel: © IHK Rhein-Neckar

Flagge: © 3quarks/istock

Illustration Titel: © innni/istock

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Stand: September 2025